

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3514

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3514



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Sperrfrist bis 10.00 Uhr



Tag der Wirtschaft 2021
«Kann denn Wachstum Sünde sein?»
Freitag, 10. September 2021

Es gilt das gesprochene Wort

Auf dem Weg zu einer liberalen und nachhaltigen Marktwirtschaft

Nachhaltige Entwicklung liegt im ökonomisch-rationalen Interesse der Wirtschaft

Christoph Mäder, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Frau alt Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte, sehr geehrte Frau Ständerätin
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin
Sehr geehrte Herren Regierungsräte
Exzellenzen
Liebe Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zum diesjährigen Tag der Wirtschaft von economiesuisse. Ich freue mich sehr, dass wir diese Veranstaltung wieder physisch durchführen können und dass Sie als Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft, Politik und Verwaltung heute so zahlreich in Basel erschienen sind. Sie bekunden damit Ihre Verbundenheit mit unserer Organisation, wofür ich Ihnen sehr danke.

Auch alle Zuschauerinnen und Zuschauer an den Computer-Bildschirmen zu Hause oder im Büro begrüsse ich auf diesem Weg sehr herzlich. Schön, dass Sie den Tag der Wirtschaft im Live-Stream mitverfolgen.

Ein spezieller Gruss geht auch an die Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums und der Wirtschaftsmittelschule Basel.

Die Pandemie hinterlässt Bremsspuren in der Weltwirtschaft

Seit nunmehr anderthalb Jahren hält das Corona-Virus die Welt in Atem. In verschiedenen Varianten und mit unterschiedlicher Intensität beschäftigt es die Menschen rund um den Globus. Die Pandemie hat unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben in den vergangenen Monaten geprägt. Viele wirtschaftliche Aktivitäten waren für längere Zeit massiv eingeschränkt oder sogar unmöglich. Die Krise hat denn auch sehr deutliche Bremsspuren in der Entwicklung der Weltwirtschaft hinterlassen.

So ist die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr weltweit um 3,2 Prozent eingebrochen, wie der Internationale Währungsfonds berechnet hat. In den USA sank die Wirtschaftsleistung um 3,5 Prozent, in der Eurozone um 6,5 Prozent und in Grossbritannien um 9,8 Prozent.

Die Schweiz ist mit einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts von 2,6 Prozent einigermassen glimpflich durch die Pandemie gekommen. Im internationalen Vergleich hat unser Land die Corona-Krise sogar sehr gut gemeistert. Dazu beigetragen haben einerseits die Krisenresistenz und die starken Bilanzen vieler Schweizer Unternehmen. Getreu dem Motto «*Spare in der Zeit, dann hast du in der Not*» haben sie für Krisen vorgesorgt. Andererseits hat das Entschädigungspaket des Bundes zur Bewältigung der Corona-Krise vielen Betrieben über die Runden geholfen. Es war das weitaus umfangreichste Massnahmenpaket, das der Bund je geschnürt hatte. Und drittens hat der hiesige Branchenmix, mit einer überragend wichtigen pharmazeutischen Industrie, das Gesamtbild deutlich positiv beeinflusst.

Möglich war dieses Bündel an Unterstützungsleistungen mit Kurzarbeitsentschädigungen und unbürokratischem Zugang zu Corona-Krediten nur, weil der Bund in den vergangenen Jahren dank der Schuldenbremse Mass gehalten und seine Ausgaben diszipliniert im Griff behalten hat. So musste er sich nicht im gleichen Ausmass neu verschulden, wie dies viele andere Staaten tun mussten, die gigantische Massnahmenpakete geschnürt haben, um ihre Volkswirtschaften zu stützen und die Corona-Krise rasch zu bewältigen.

Für das laufende Jahr geht der Internationale Währungsfonds von einem weltweiten Wirtschaftswachstum von 6,0 Prozent aus und für das kommende Jahr von einem Wachstum von 4,9 Prozent. Für die Schweiz gehen wir von einem Wachstum von 3,4 Prozent in diesem Jahr und von 2,8 Prozent im nächsten Jahr aus.

Besonders schnell erholen werden sich gemäss IWF die hoch entwickelten Volkswirtschaften, während das Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern geringer ausfallen wird. Ärmere Länder können ihre Konjunktur und den Arbeitsmarkt schlechter stützen und haben zudem schlechteren Zugang zu Corona-Impfstoffen.

Der Zugang zu Impfstoffen, so der IWF, hat sich als die wichtigste Bruchlinie herausgestellt, entlang der sich die globale Erholung in zwei Blöcke aufteilt: diejenigen, die sich auf eine weitere Normalisierung der Aktivität im Laufe dieses Jahres freuen können, und diejenigen, die immer noch mit neuen Infektionswellen und steigenden Covid-Toten konfrontiert sein werden.

Erfolgreiche Impfkampagnen sind demnach ein Schlüssel für eine erfolgreiche Wirtschaft. Wohl deshalb hat der Präsident der Vereinigten Staaten die Impfkampagne in den USA rasch und mit grossem persönlichem Einsatz vorangetrieben.

Grösstes Umverteilungsprojekt in den USA

Das Impfprogramm von Joe Biden ist beeindruckend. Seit er im Weissen Haus sitzt, wird die Pandemie von der US-Regierung ernst genommen und der Kampf gegen das Virus von Washington aus entschlossen geführt. Ebenfalls beeindruckend, ja schon fast beängstigend, ist das Infrastrukturpaket, das die Biden-Regierung in Rekordtempo aufgelegt hat. Auch wenn das ursprünglich über zwei Billionen Dollar schwere Paket mittlerweile vom Senat zurechtgestutzt wurde, so ist es zusammen mit dem zweiten Wunschpaket von Biden von über 3,5 Billionen Dollar für Sozialreformen, Gesundheitswesen und Klimaschutz das wohl grösste Umverteilungsprojekt der USA seit Jahrzehnten. Diese ambitionierten Pläne bezahlen hauptsächlich die Unternehmen und die Wohlhabenden. So überrascht es nicht, dass Biden die Unternehmenssteuern anheben will, um das Infrastrukturpaket zu finanzieren. Gleichzeitig unterstützt er aber die weltweite Reform der OECD und der G-20-Staaten zur internationalen Besteuerung von Grosskonzernen, obwohl er einen deutlich höheren Mindeststeuersatz gefordert hatte, als jetzt zur Debatte steht. Die frühere US-Regierung unter Donald Trump hatte ein solche Reform immer abgelehnt, weil sie fürchtete, dass international tätige US-Konzerne dadurch schlechtergestellt würden. Ob die Rechnung für die USA letztendlich aufgeht, wird sich zeigen.

Internationale Steuerreform will den Wettbewerb einschränken

Diese Steuerreform der OECD will den internationalen Steuerwettbewerb weitgehend einschränken. Davon stark profitieren dürfte die Europäische Union. Eine globale Mindeststeuer für Grosskonzerne von angenommen 15 Prozent könnte der EU zusätzlich 50 Milliarden Euro in die Kassen spülen.

Anfang Juli hat der Bundesrat entschieden, dass sich die Schweiz den Eckwerten der künftigen internationalen Unternehmensbesteuerung anschliesst. Unter der Voraussetzung allerdings, dass bei der Ausgestaltung der Regeln die Interessen kleiner, innovativer Länder berücksichtigt und bei der Umsetzung die nationalen Gesetzgebungsverfahren respektiert werden. Zudem, so der Bundesrat, sollen die neuen Regeln von den Mitgliedsländern einheitlich angewendet und bei der Mindestbesteuerung soll eine ausgewogene Lösung zwischen Steuersatz und Bemessungsgrundlage gefunden werden.

Mitte Juli haben auch die G-20-Staaten für den Umbau der internationalen Unternehmensbesteuerung grünes Licht gegeben. Bis im Oktober sollen die Details der Reform geklärt sein und bis 2023 soll sie von den Ländern umgesetzt werden. Für die Schweiz mit ihren 26 kantonalen Steuergesetzgebungen ist dieser Fahrplan nicht realistisch. Darauf müssen die OECD-Staaten Rücksicht nehmen.

Diese Reform betrifft schweizweit einige Tausend Firmen. Sie dürfte die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verschlechtern. Aber sie lässt sich wohl nicht aufhalten. Sollte sie dennoch scheitern, würden grosse Staaten ihre Steuerregimes im Alleingang anpassen und versuchen, diese international durchzusetzen. Aus Sicht der Schweizer Unternehmen ist eine multilaterale Lösung gegenüber nationalen Alleingängen aus Gründen der Rechtssicherheit klar vorzuziehen.

Meine Damen und Herren: Diese Steuerreform bedeutet nichts Gutes für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Umso mehr braucht unser Land jetzt einen Ruck! Der Bundesrat hat in Aussicht gestellt, bis im kommenden Frühjahr einen Reformplan zu beschliessen, um die Standortbedingungen zu verbessern. Als verantwortungsvolle Staatsbürger müssen wir alle dafür sorgen, dass die Schweiz trotz internationaler Steuerreform ein attraktiver, international wettbewerbsfähiger und nachhaltig prosperierender Standort bleibt. Ein Ort, an dem es sich zu leben und zu arbeiten lohnt. Wir haben es selbst in der Hand, die Weichen entsprechend zu stellen.

Gesunde Staatsfinanzen sind eine Voraussetzung für den langfristigen Erfolg

Ein naheliegender erster Schritt ist der zügige Abbau der Corona-Schulden. Die Schuldenbremse verlangt die Kompensation der zusätzlichen Verschuldung von rund 30 Milliarden Franken. Daran ist nicht zu rütteln! Gesunde Staatsfinanzen sind Voraussetzung für den langfristigen Erfolg von Volkswirtschaften. Deshalb hat der rasche Schuldenabbau Priorität. Dazu hat der Bundesrat Ende Juni zwei Varianten vorgeschlagen, die aus heutiger Sicht ohne Sparprogramme umsetzbar sind. Das ist gut so. Die Soforthilfe des Bundes war als Entschädigung für staatlich verordnete Betriebsschliessungen durchaus berechtigt. Und auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht war das Rettungspaket nachhaltiger, als unzählige gesunde Unternehmen bankrott gehen zu lassen.

Nun aber müssen wir uns rasch wieder verabschieden von der Vorstellung eines allseits rettenden und intervenierenden Staates. In dieser Pandemie haben viele Staaten massiv in die Freiheiten von Wirtschaft und Gesellschaft eingegriffen und dafür gigantische Budgets bereitgestellt. Der Staat darf die Rolle als «Retter der letzten Instanz» nicht dauerhaft übernehmen. Ob es zum Beispiel wirklich Aufgabe des Staates ist, sich um das langfristige Wohl von Tattoo- und Kosmetik-Studios zu kümmern, wage ich zu hinterfragen. Ich halte es für absolut unabdingbar, der schleichenden Selbstermächtigung des Staates in vielen wirtschaftlichen Bereichen entschlossen entgegenzutreten. Die steigende Staatsgläubigkeit und die zunehmenden Erwartungen an die lenkende Hand des Staates in Teilen der Gesellschaft geben Anlass zur Sorge. Das Erfolgsmodell Schweiz beruht gerade nicht auf einem planenden und lenkenden Zentralstaat. Vielmehr ist die moderne Schweiz vor allem die Erfolgsgeschichte der Schweizer Wirtschaft. Unternehmerische Freiheiten und gesunder Wettbewerb sind notwendige Voraussetzungen für Wohlstand. Dazu bedarf es auch einer ausgeprägten unternehmerischen Verantwortung – in guten, wie in

schlechten Zeiten. Der Staat kann und soll uns nicht vor dem harten Wind des Wettbewerbs schützen. Nur wir selbst können uns für den internationalen Wettbewerb fit machen.

Langfristig stabiles Verhältnis zur Europäischen Union bleibt wichtig

Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz braucht es gute Abkommen mit den wichtigsten Handelspartnern der Schweiz – nicht nur, aber besonders auch mit der Europäischen Union. Wir bedauern deshalb, dass die Anstrengungen des Bundesrats zur Klärung der drei noch offenen Punkte im Rahmenabkommen erfolglos geblieben sind. Ich finde es allerdings auch ausserordentlich mutig vom Bundesrat, die Gespräche mit Brüssel einseitig abzubrechen, ohne eine klare Vorstellung von einem Plan B zu haben. Andererseits finde ich es von der EU inakzeptabel, die Schweiz mit politischen und zum Teil widerrechtlichen Massnahmen in den Bereichen Forschung und Medizinaltechnik zu bestrafen und sogar schlechterzustellen als die Türkei oder die Ukraine. So geht man trotz Meinungsverschiedenheiten nicht mit guten Nachbarn um.

Ein langfristiges und stabiles Verhältnis zur Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten bleibt für unsere Wirtschaft von eminenter Bedeutung. Es muss deshalb das vordringliche Ziel der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik sein, die Vorteile des bilateralen Wegs zu erhalten. Dazu braucht es nach dem Scheitern des Rahmenabkommens in der ersten Phase die Stabilisierung der bestehenden Abkommen und eine Minimierung des Schadens.

Wo die Erosion bilateraler Abkommen zu absehbaren Nachteilen für den Wirtschaftsstandort führt, braucht es gezielte Massnahmen zur Abfederung der Schäden. Je grösser der erwartete Schaden für den Wirtschaftsstandort ist, desto umfassender sollten die Reformen zur nachhaltigen Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ausfallen. Dazu gehören innen- wie aussenwirtschaftspolitische Massnahmen.

Was wir für die Zukunft ganz sicher brauchen, ist eine nachhaltige Aussenwirtschaftspolitik, die nach strategischen Prioritäten vorgeht, und eine Diplomatie, bei der die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes einen hohen Stellenwert hat.

150 Jahre economiesuisse – weltweit ältester nationaler Wirtschaftsdachverband

Unsere Nation und unser Wohlstand sind untrennbar verbunden mit der Industrialisierung, dem internationalen Handel und dem bürgerlichen Unternehmer. Die moderne Schweiz ist denn auch vor allem die Erfolgsgeschichte der Schweizer Wirtschaft. Es waren die Unternehmer und Pioniere, die seit der Gründung des Bundesstaates 1848 eine massgebende Rolle spielten in der Entwicklung vom ehemaligen Staatenbund zur modernen Schweiz, in der Entwicklung vom Armenhaus mitten im Herzen von Europa zum Wirtschaftswunder und zu einer der 20 grössten Volkswirtschaften der Welt.

Rückblickend stellen wir fest, dass national und international erfolgreiche Unternehmer im 19. und 20. Jahrhundert staatsbildend und staatstragend waren. Auch darum haben die Führungskräfte der kantonalen Handelskammern schon früh gefordert, die Bundesverfassung müsse um die Handels- und Gewerbefreiheit ergänzt werden. Damit sprachen sie sich auch für die definitive Beschränkung der Macht der reformresistenten Zünfte aus.

Es ist kein Zufall, dass nach der Entstehung des Bundesstaates economiesuisse gegründet wurde. economiesuisse ist heute der älteste nationale Wirtschaftsdachverband der Welt. Im vergangenen Jahr ist unser Verband 150 Jahre alt geworden. Die Gründung von economiesuisse beziehungsweise der Vorgängerorganisation *Schweizerischer Industrie- und Handelsverein* – auch als *Vorort* bekannt – ist 1870 im Hinblick auf die Totalrevision der Bundesverfassung erfolgt. Unternehmer, die sich damals bereits in kantonalen Handelskammern organisierten, hatten einen nationalen Verein gegründet, um die Anliegen der Unternehmen auch gegenüber der nationalen Politik besser vertreten zu können.

Ich empfehle Ihnen übrigens unbedingt den Besuch der Ausstellung «Handel im Wandel – vom Vorort zu economiesuisse 1870 bis 2020» im Foyer.

Als Wirtschaftsdachverband repräsentiert economiesuisse heute auf nationaler Ebene 20 kantonale Handelskammern, rund 100 Branchenverbände und etwa 100'000 Unternehmen mit rund zwei Millionen Arbeitsplätzen in der Schweiz und nochmals über 2,1 Millionen Arbeitsplätzen im Ausland. Der Verband ist und bleibt eine wichtige Stimme der Unternehmen im gesamten politischen Prozess.

Auf dem Weg zu einer liberalen, nachhaltigen Marktwirtschaft

Als nationaler Wirtschaftsdachverband mit einer über 150-jährigen Geschichte hatten und haben wir stets die langfristige Entwicklung unserer erfolgreichen Volkswirtschaft vor Augen. So hat unser Verband heute Morgen einen weiteren wichtigen Schritt in der Weiterentwicklung unserer Marktwirtschaft unternommen. Die Mitgliederversammlung hat einer Ergänzung der Zweckbestimmung in unseren Statuten zugestimmt. Neu heisst es dort: *«Er (der Verband) engagiert sich für eine liberale und nachhaltige Marktwirtschaft, in der ökologische, ökonomische und soziale Ziele ganzheitlich berücksichtigt werden.»*

Damit haben wir den Begriff der umfassenden Nachhaltigkeit in unserer Mission verankert. Das verpflichtet uns, wirtschaftspolitische Entscheidungen gleichermaßen aus liberaler und nachhaltiger Perspektive zu betrachten. Was verstehen wir darunter? Die liberale, nachhaltige Marktwirtschaft stellt den freien, selbstbestimmten Menschen ins Zentrum. Sie setzt primär auf Eigenverantwortung und Innovation und erst subsidiär auf Regulierung und den Staat. Sie soll die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und damit auch den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft ermöglichen.

Das universelle Prinzip der Nachhaltigkeit wird unser wirtschaftliches und politisches Handeln in Zukunft noch stärker prägen, ja prägen müssen. Sei es bei den Bundesfinanzen, in der Klimapolitik oder in der Altersvorsorge. Die Wirtschaft setzt sich seit vielen Jahren für nachhaltige Lösungen in allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit ein. So betonte der breit angewandte Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance von economiesuisse bereits seit 2013 die Wichtigkeit des Konzepts von nachhaltigem Unternehmenserfolg als Leitstern einer sinnvollen «Corporate Social Responsibility».

An dieser Stelle möchte ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, auch einen Blick auf unseren Grundkonsens empfehlen, den wir zusammen mit unseren Mitgliedern erarbeitet haben und den Sie am Schluss der Veranstaltung am Ausgang erhalten werden. Er bildet unser gemeinsames Verständnis einer zukunftsorientierten liberalen und nachhaltigen Marktwirtschaft und er bildet den Kern unseres entsprechenden Projekts «Wirtschaft. Wir alle.» ab. Über dieses strategisch wichtige Projekt unseres Verbands und dessen Fortschritt haben wir unsere Mitglieder im Detail informiert.

Das Konzept der Nachhaltigkeit ist übrigens keine Erfindung der Ökobewegung, sondern stammt ursprünglich aus der Wirtschaft, genauer aus der Forstwirtschaft, einem zentralen Wirtschaftszweig im 18. und 19. Jahrhundert. Vor etwas mehr als 300 Jahren, im Jahr 1713, formulierte der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz in seiner *Sylvicultura oeconomica* den Grundsatz, dass immer nur so viel Holz geschlagen werden sollte, wie durch planmässige Aufforstung nachwachsen kann. Das war die Geburtsstunde des Prinzips der Nachhaltigkeit. Dabei ging es um den langfristigen Erhalt des Holzvorrats als wertvolle Ressource für die Gesellschaft. Es ging explizit nicht um eine möglichst soziale Umverteilung des noch vorhandenen Holzes. Diese beiden Prinzipien verwechseln leider noch heute viele Menschen.

Verständnis von Nachhaltigkeit in drei Dimensionen

Nachhaltigkeit hat in unserem Verständnis immer drei Dimensionen: die ökonomische, die soziale und die ökologische. Echte Nachhaltigkeit gibt es nur unter Berücksichtigung aller drei Dimensionen. So, wie wir das in unseren Statuten festgehalten haben. Lassen Sie mich hier klar und deutlich festhalten, dass eine Politik, die einseitig auf ökologische Nachhaltigkeit fokussiert und die die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen vernachlässigt, nicht nachhaltig ist, nicht nachhaltig sein kann.

Alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit bilden zusammen die Grundlage für das materielle, soziale und kulturelle Wohlergehen unserer Gesellschaft.

Nachhaltigkeit im umfassenden Sinne liegt im ökonomisch-rationalen Interesse der Wirtschaft. Ein Wirtschaftsstandort ist dann für Unternehmen attraktiv, wenn er ökonomisch attraktiv ist, wenn die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse stabil und sicher und wenn die natürlichen Lebensgrundlagen intakt sind.

Energieversorgung auch für die kommenden Generationen sicherstellen

Ein anschauliches Beispiel für die Bedeutung aller drei Dimensionen der Nachhaltigkeit ist die Zukunft unserer Stromversorgung. Die Dekarbonisierung des Verkehrs und der Heizungen ist mit Blick auf den Klimaschutz und die ökologische Nachhaltigkeit sinnvoll, ja notwendig. Damit steigt die Nachfrage nach Strom, was bei gleichbleibendem Angebot auf dem Strommarkt zu höheren Preisen führen wird. Das Angebot bleibt aber nicht gleich, denn mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft nimmt das Angebot einheimischer Stromenergie ab und kann derzeit nicht, oder noch nicht, durch andere Energiequellen kompensiert werden. Zudem ist nach dem Scheitern des Rahmenabkommens auch ein Stromabkommen mit der EU auf absehbare Zeit vom Tisch. Ein solches Abkommen wäre aber ohnehin nicht ausreichend gewesen, um die Versorgungssicherheit der Schweiz sicherzustellen. Stromknappheit dürfte die Energiepreise für die kommenden Generationen massiv erhöhen, weshalb ihnen weniger Geld für den Konsum und zum Beispiel für die Altersvorsorge bleiben würde. Damit wäre die Stromversorgung der Zukunft weder ökonomisch noch sozial nachhaltig.

Ein modernes Leben, wie wir es heute kennen und schätzen, ist ohne ausreichend Energie undenkbar. Deshalb müssen wir die Energieversorgung für uns und unsere Nachkommen sicherstellen. So brauchen wir prioritär eine offene und transparente Debatte über die Stromversorgung der Zukunft – selbstverständlich unter Berücksichtigung des technologischen Fortschritts und von Effizienzsteigerungen, aber ohne Scheuklappen und ohne ideologisch motivierte Technologieverbote. Hier muss die Landesregierung Führung übernehmen und aufzeigen, wie konkret eine ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Energieversorgung in naher und ferner Zukunft sichergestellt werden kann. Augen zu und durch ist auf jeden Fall nicht nachhaltig.

Effizienter Klimaschutz ohne Einbusse der Wettbewerbsfähigkeit

Ebenfalls zu den grossen wirtschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit gehören die Massnahmen zur Erreichung der Klimaziele von Paris. Nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes durch das Stimmvolk am 13. Juni brauchen wir nun eine Neuausrichtung der Klimapolitik. In einem neuen Anlauf für ein revidiertes CO₂-Gesetz müssen sowohl die Effizienz klimapolitischer Massnahmen wie auch das politisch Machbare ins Zentrum gestellt werden. Dies soll dringend notwendige Investitionen und Innovationen unterstützen – und damit die Senkung der Treibhausgasemissionen beschleunigen.

Wir brauchen also eine Klimapolitik, die es den Unternehmen erlaubt, einen möglichst grossen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, ohne an Wettbewerbsfähigkeit einzubüssen.

Zusätzlich zu den erforderlichen Reformen im CO₂-Gesetz wird die Schweizer Wirtschaft konsequent den Weg in Richtung Netto-Null weiterverfolgen. Der Handlungsbedarf in der Klimapolitik ist unbestritten und die Unternehmen werden einen grossen, unverzichtbaren Beitrag leisten – auch über den gesetzlichen Rahmen hinaus. Hierzu hat die Wirtschaft ein eigenes Klimaprogramm lanciert, mit dem sie ihre Emissionen bis 2050 auf Netto-Null senken wird.

Das knappe Resultat der Abstimmung und die anschliessenden Debatten haben gezeigt, dass die Vorstellungen zur Neuausrichtung der Klimapolitik weit auseinandergehen – bei den Parteien wie auch in der Gesellschaft. Aber nur gemeinsam und im offenen Dialog miteinander werden wir mehrheitsfähige Lösungen finden können. Wir bei economiesuisse werden uns deshalb mit allen wichtigen Interessengruppen austauschen und lösungsorientiert an den dringlichen Reformen in der Klimapolitik mitarbeiten.

99%-Prozent-Initiative ist entschieden abzulehnen

Die Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz sind riesig. Einige von ihnen sind globaler Natur wie der Klimaschutz, die Pandemiebekämpfung oder die internationale Steuerreform, andere wiederum sind hausgemacht.

In gut zwei Wochen, am 26. September, stimmen wir über einen weiteren Angriff auf den Wirtschaftsstandort Schweiz ab, konkret über die Juso-Initiative unter dem wohlklingenden Titel «*Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern*». In klassenkämpferischer Manier wollen die Initiantinnen und Initianten die Besteuerung von Kapitaleinkommen radikal umbauen. Selbst grundlegende Verfassungsnormen werden grob missachtet. Auch deshalb hat der Vorstand von economiesuisse bereits vor einem Jahr klar die Nein-Parole gefasst.

Diese Initiative zielt nicht auf einige wenige Superreiche, auch der breite Mittelstand ist davon betroffen. Die Initiantinnen und Initianten verschleiern dies gekonnt durch einen beispiellos vagen Verfassungstext und dessen willkürliche Auslegung. Tatsache ist aber, dass bereits bei der laufenden Besteuerung eine erhebliche Zusatzbelastung für die Unternehmer entstünde. Besonders gravierende Steuerfolgen ergeben sich bei Nachfolgeregelungen in Familienunternehmen und für Start-ups. Diese Initiative der Jungsozialisten ist weder ökonomisch noch sozial nachhaltig und daher entschieden abzulehnen.

Ich komme zum Schluss: Die Schweizer Unternehmen werden weiterhin Arbeitsplätze schaffen, junge Berufsleute ausbilden, die Sozialversicherungen alimentieren und staatliche Leistungen wie Schulen, Strassen oder Spitäler ermöglichen. Ein leistungsfähiger Staat braucht leistungsfähige Unternehmen. Nur wenn Unternehmen auf attraktive Standortbedingungen und unternehmerische Freiheiten zählen können, werden sie auch morgen im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein. Unsere Spitzenposition bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit müssen wir verteidigen, denn Wohlstand fällt nicht vom Himmel.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Bevor ich das Wort an unseren Moderator übergebe, sage ich noch zwei Sätze zu Urs Gredig: Urs Gredig ist Ihnen allen bestens bekannt als kompetenter und äusserst talentierter Moderator von «10vor10» und der wöchentlichen Talk-Sendung «Gredig direkt». Wir freuen uns, dass Sie heute wieder dabei sind. Bitte, Urs Gredig.